

Ich will blos noch eins hinzufügen. Maeterlinck ist ein starker, ein strahlender Poet, und der muss sein Stück Rappeligkeit ablaufen, das Kritisiren thut daran nichts. Aber betonen lässt sich doch in allem Frieden noch etwas. Wenn wir in solchen Rösselsprung-Aufgaben das wahre Geheimniss der Poesie sehen, so züchten wir uns eins heran, das bisher sogar in den bornirtesten Zeiten nicht für eine Glanznummer der Aesthetik gegolten hat. Die Eckermänner und Düntzer werden unsere letzte Hilfe, ohne sie giebt es gar keinen ästhetischen Genuss mehr. Wenn ich mich an unseres Maeterlincks neuestem Drama erbauen will — ich, der ich nur ein Gehirn und nicht zweierlei geistige Buchführung habe — so muss ich zuerst an Herrn Düntzer schreiben: bitte um biographische Kleinkram-Notizen über Maeterlinck, Folio Elftausendneunundneunzig, Auszug des ganzen Werdegangs des Dichters und der Wechsel in seinen Weltanschauungen, Charakteristik aller Weiber in sämtlichen früheren Dichtungen, Summa der Andeutungen in früheren Feuilletons seiner Feder, — und bitte die Detektiv-Rechnung gleich beizulegen. Gewiss, unsere Litteratur-Professoren predigen es uns ja schon genügend, dass die philologischen Randnoten der wahre Text sind, neben dem die Dichtung selber nur geduldet ist, wie das Karnickel bei der Vivisektion. Ich male mir aus, wie dieser Blaubart in hundert Jahren aussehen wird. Ein Bogen Text auf einen Band Kommentar. Und wer will leugnen, dass der Kommentar diesmal wirklich nöthig, dass er tatsächlich die Erlösung ist! Die Eckermänner und Düntzer und Litteratur-Philologen — das werden die künftigen Priester dieser symbolistischen Geheimniss-Dichtung sein, die einen Wall darum ziehen und nur Den einlassen, der die Kunst als Rösselsprung gelernt hat. Ich glaube an ein anderes Rössel, auf dem die wahre Kunst weiterreiten wird.

## Wahlbündnisse.

Von

Auguste Dewinne.

(Brüssel.)

Es ist schon geraume Zeit her, dass die belgische Arbeiterpartei die Politik der Wahlbündnisse verfolgt, zwar nicht immer und nicht überall, wohl aber unter gegebenen Umständen und bei Wahlkämpfen, wo es ihr unmöglich erscheint, die Klerikalen allein zu besiegen.

Um diese Taktik zu verstehen, muss man zunächst unser Wahlsystem ins Auge fassen. Unser Land ist nicht, wie Deutschland, in Wahlkreise eingetheilt, von denen jeder einen Abgeordneten wählt; wir haben Wahlkreise, die 10, 12 und bis zu 18 Abgeordnete wählen, wie z. B. Brüssel. Es genügt daher zuweilen, um die Macht der Regierung zu brechen, dass sie in einem dieser grossen Bezirke geschlagen wird. Man darf auch nicht vergessen, dass wir das allgemeine Stimmrecht noch nicht besitzen und noch immer unter dem chinesischen Pluralwahlsystem leben.

Die belgischen Sozialisten haben nun bei den Wahlen Kompromisspolitik getrieben, entweder direkt, indem sie der Wahlkörperschaft ihre Kandidaten auf einer Liste mit den Radikalen präsentirten, oder indirekt, indem sie, wenn ihre Kandidaten beim ersten Wahlgang ausgeschieden, ihre

Wähler veranlassten, für die Radikalen, zuweilen selbst für die Liberalen, stets aber gegen die Klerikalen zu stimmen.

Eigentliche Wahlbündnisse haben die Sozialisten überhaupt nur mit den Radikalen und nur auf ein bestimmtes Programm hin abgeschlossen. Bis in die letzte Zeit blieb es ihnen durch die Entscheidung ihrer Kongresse untersagt, Bündnisse mit Parteien zu schliessen, deren Programm mit den Prinzipien der Arbeiterpartei in Widerspruch stand; ihre Verbündeten durften sich also dem Kollektivismus nicht feindlich entgegenstellen. Das bedeutete, dass Bündnisse nur mit den Radikalen gestattet waren, die nur ein unmittelbares Reformprogramm besaßen und sich nicht, wie die Liberalen, zu Anwälten des Privateigenthums gemacht haben. Der letzte Parteikongress zu Löwen brachte darin eine Wandlung. Er hat Bündnisse mit allen Denjenigen gestattet, welche sich der Abschaffung des Pluralwahlsystems und seiner Ersetzung durch das allgemeine Stimmrecht geneigt erklärten. Die Politik der Bündnisse hat fortwährend zu lebhaften Diskussionen innerhalb der Partei Anlass gegeben, jedoch haben sich die absoluten Gegner stets in der Minderheit befunden. Ihr Hauptargument war das folgende: Die Arbeiterpartei ist eine Klassenpartei. Indem sie Bündnisse mit einer bürgerlichen Partei schliesst, verletzt sie einen der wesentlichsten Grundsätze des Sozialismus. Die Anhänger der Bündnispolitik antworten: Wenn diese Politik eine Prinzipienfrage darstellen soll, so müssen wir logisch sein und die Wahlkoalitionen auf allen Gebieten und unter allen Umständen verwerfen. Sehr richtig sagt das Parteiorgan, der *Peuple*: Also kein Bündnis, weder für die Legislativen, noch die Gemeinden, noch die Provinzialwahlen! Auch keines nach den Wahlen, um zum Beispiel in einem Gemeinderathe eine Majorität mit den Liberalen gegen die Klerikalen zu bilden! Lieber sich die Klerikalen aller öffentlichen Gewalt bemächtigen und dieselbe gegen die Arbeiterpartei gebrauchen lassen! Sind bei einer Wahl die Sozialisten im ersten Wahlgang unterlegen, so ist es ihnen wegen des Klassenkampfes untersagt, ihre Stimmen auf die Liberalen zu übertragen, denn das wäre Alles in Allem ein verschleiertes Bündnis. Freilich lassen sie durch die Stimmenthaltung die Klerikalen den Sieg erringen, was auch ein verschleiertes, das klerikale Bündnis, bedeutet! Diejenigen, die sich einbilden, dass der Klassenkampf ein Prinzip bedeute, gerathen wirklich in verlegene Situationen. Gestattet dieses selbe Prinzip unseren Abgeordneten, bei den beratenden Versammlungen ihre Stimmen mit denjenigen der bürgerlichen Liberalen auf eine beiderseitig angenommene Reform zu vereinigen? Ein hartes Räthsel!

Wenn es einmal der Regierung einfiel, die Verfassung in reaktionärem Sinne zu revidiren, unsere Freiheiten und das Wenige, was wir vom allgemeinen Stimmrecht unter schweren Opfern erkämpft haben, uns zu rauben, auch dann wäre es, statt für die Regierungsgegner zu stimmen, besser die Flinte zu ergreifen und in fruchtloser Emeute unsere Organisation, die Partei selbst zu kompromittiren. Was liegt daran, ob auch der Sozialismus um zwanzig Jahre zurückgedrängt wird, wenn nur die Prinzipien gerettet sind!

Man sieht, zu welchen Extravaganzen jene Logik führt. Wir sollen für das Ideal kämpfen, sagt man uns; ist es uns denn vielleicht weniger

theuer, als den Anderen? Nur betrachten wir es nicht verzückt aus der Ferne, sondern bemühen uns, ihm immer näher zu kommen und dazu jedes Mittel zu gebrauchen. Wir dürfen nie vergessen, dass über unseren Klasseninteressen die realen Errungenschaften der Menschheit stehen, die die Aufgabe haben, uns gegen alle reaktionären Angriffe zu schützen, und ohne die eine Arbeiterpartei niemals hätte entstehen können.

Ist das nicht eine weniger engherzige, eine höhere Auffassung des Sozialismus als die Derjenigen, die da glauben, dass ausser ihrem Prinzip vom Klassenkampf nichts mehr existirte?

Die deutsche Arbeiterpartei hat dieses wohl begriffen und ihren Anhängern gestattet, für die Kandidaten zu stimmen, die bereit waren, das allgemeine Wahlrecht und die verfassungsmässigen Freiheiten, welche die Autokratie zu vernichten trachtet, zu vertheidigen.

Frage man doch die italienischen Sozialisten, die durch Ausnahmegesetze, durch Kriegsgerichte zu vielen Jahren Gefängniss verurtheilt sind, deren Presse unterdrückt ist, die keinerlei Schutz durch die Verfassung mehr geniessen, ob es nicht im Interesse des Sozialismus liegt, die um den Preis blutiger Revolutionen der modernen Gesellschaft abgerungenen Rechte auszunützen! Frage man die russische Arbeiterpartei, die sich im Geheimen gebildet hat, und deren Manifest sich, wie man sagen kann, darauf beschränkt, nur ein wenig politische Freiheit zu fordern!

In Wirklichkeit ist der Klassenkampf kein Prinzip, sondern eine Thatsache, eine Erscheinung, welche die Ereignisse erklärt und beleuchtet. Es bestehen Klassen, sie befinden sich im beständigen Ringen, das ist die Thatsache. Die Arbeiterpartei erstrebt die Beseitigung dieser Klassen, die Verwirklichung des sozialen Gleichheitsgedankens, und die hierzu angewandten Mittel bilden ihre Taktik.

Eines dieser Mittel ist die politische Aktion, und die Frage der Wahlbündnisse bleibt eine Frage der Taktik, welch letztere nach dem politischen Milieu, nach der Zeit und den Umständen sich ändert.

Die Wahlbündnisse rechtfertigen sich also:

1. Wenn es sich um Reformen für die Arbeiter handelt, welche die Sozialisten allein zu verwirklichen nicht im Stande sind. Diese Reformen stärken das Proletariat, bringen es seiner Emanzipation näher und schwächen folglich um eben so viel die Macht der Bourgeoisie.

2. Wenn es gilt, der Reaktion entgegenzutreten und das allgemeine Wahlrecht oder die Freiheiten zu schützen, die das gemeinsame Patrimonium der ganzen Menschheit bilden.

Ich will noch hinzufügen, dass in Belgien die Politik der Wahlbündnisse oft unsere Partei selbst gestärkt hat, namentlich in dem langen Kampfe um das allgemeine Stimmrecht. Es wäre auch leicht darzulegen, dass der Eintritt von Sozialisten in die Körperschaften unserer grossen Städte und Bezirke, die Anwesenheit eines Sozialisten in manchen Verwaltungskörpern die Organisation gestärkt hat, obwohl diese Sozialisten ihr Mandat jener Politik der Bündnisse verdankt haben.

Die Gegner der letzteren behaupten seit Langem, dass die Partei durch diese Bündnisse sich schliesslich von der radikalen Partei habe abgesaugen lassen; das Gegentheil hat sich herausgestellt. Unsere Taktik hat

dazu geführt, die alte liberale Partei in zwei gleich ohnmächtige Fraktionen zu spalten: die Radikalen und die Doktrinären. Wir sind es gewesen, die alles, was der Liberalismus an demokratischer Kraft enthielt, in einem solchen Grade aufgesaugt haben, dass heute in Belgien nur noch eine einzige wirklich oppositionelle Partei besteht: die sozialistische.

Es soll das Alles nicht besagen, dass die Politik der Bündnisse keine Missstände mit sich bringt. Es ist unleugbar, dass sie bei dem Arbeiter unter Umständen den Klassengeist zu schwächen vermag. Man wird daher von Fall zu Fall entscheiden müssen und sie nur mit Vorsicht und nur, wenn die Verhältnisse es erfordern, zur Anwendung bringen. Zu fürchten wird sie aber eine Partei, die stark und wohl diszipliniert ist, nie haben.

## Gewerkschaften, Genossenschaften, Politik.

Von

Heinrich Stühmer.

(Hamburg.)

„Der bekannte Sozialpolitiker Cree führt noch im Jahre 1890 in seinen litterarischen Arbeiten aus, dass im Interesse der Arbeiter selbst gegenüber dem ungeheuren Despotismus der englischen Gewerkvereine es unbedingt geboten sei, einen erhöhten gesetzlichen Schutz den arbeitswilligen und den nicht organisirten Arbeitern zu gewähren. Jetzt, im Jahre 1899, schreibt derselbe Herr eine Broschüre, in der er sagt, er halte sich für überzeugt, dass die Arbeiterbevölkerung in England bereits ein solch ungeheures Schwergewicht in den öffentlichen Angelegenheiten hätte, dass garnicht mehr daran zu denken sei, in England ein Gesetz durchzubringen, das die himmelschreienden Ausschreitungen der Gewerkvereine gesetzlich beschränkte.“

Also sprach der Staatsminister Graf von Posadowsky bei Begründung der Zuchthausvorlage im Deutschen Reichstage am 21. Juni dieses Jahres. Darin liegt ausgedrückt und anerkannt, dass die englischen Gewerkvereine eine derartige Stärke repräsentiren und einen solchen Einfluss auf die Gesetzgebung auszuüben vermögen, dass die Einbringung einer Gesetzesvorlage „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, wie dies in Deutschland geschehen, in England zu den Unmöglichkeiten gehört. Es ist damit also nur bestätigt, was von verschiedenen deutschen Gewerkschaftsleitern schon des Oefteren betont worden ist. Woher rührt denn wohl das augenblickliche Gekrächze und Geschrei über den „ungeheuren Despotismus“, den „schrankenlosen Terrorismus“ und die „himmelschreienden Ausschreitungen“ der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter anders, als daher, dass Letztere auch in Deutschland an Zahl zugenommen und versucht haben, die günstige Geschäftskonjunktur der letzten Jahre auszunutzen, um auch für sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Da liegt den deutschen Unternehmern, welche den Vater Staat als den Nachtwächter und Beschützer „ihres sauer erworbenen Eignthums“ betrachten, doch nichts näher, als nach Polizeihilfe zu rufen gegen diese „ewig unzufriedenen“, von „gewissenlosen Agitatoren aufgestachelten“ Arbeiter, die sich vermessen, von dem Ertrage ihrer geleisteten Arbeit einen höheren Antheil zu fordern. Damit die ganze Geschichte nicht gar zu plump erscheint, giebt man vor, die unorganisirten „arbeitswilligen“ Arbeiter vor der Bedrückung durch ihre streiklustigen Kollegen schützen zu müssen. Dabei